



Wochentheiliger Abonnementkurs. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement 50 Pf.  
zweimal pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. Insertionsgebühr für den  
Raum einer geschäftigen Zeitung 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Edition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-  
anstalten Belehrungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag  
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 212. Mittag-Ausgabe.

Schonfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Krewendt.

Montag, den 10. Mai 1875.

## Deutschland.

### O. C. Landtags-Verhandlungen.

64. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 8. Mai.)  
11 Uhr. Am Ministerialdirektor Leonhardt, Fall und Ministerial-Director Förster.

Von den Ministern des Auswärtigen, der Finanzen, des Innern und der Justiz ist ein mit dem Herzogthum Anhalt abgeschlossener Vertrag über die Regelung der Grenz- und Heeresdifferenzen eingegangen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Gesetz-Entwurfs über das Vormundschaftswesen. — Abg. Kannigießer beantragt: über diesen Gesetzentwurf ohne vorhergehende Specialberatung im Ganzen abzustimmen.

Die Abg. Stäh und v. Kleinsorgen (vom Centrum) erklären sich mit diesem Antrage einverstanden, nicht als ob sie dem Gesetz in allen Punkten ihre volle Zustimmung geben; sie sind vielmehr der Meinung, daß die ältere heimische Gesetzgebung in der Rheinprovinz und in Hessen-Zollern die Interessen der Minoren besser gewahrt habe als das neue Gesetz. Die Majorität betrachtet dasselbe nun einmal als einen Fortschritt und beide Redner halten es für ihre Pflicht auf provinzielle Vorzüglich zu verzichten, wenn die Einheit des Ganzen es erfordert. (Beifall links; Bischen)

Justizminister Leonhardt: Die Regierung in der Commission zum lebhaften Danke verpflichtet für den Eifer und das große Interesse, welches sie dem Gesetz widmete, insbesondere aber für die Selbstbeherrschung, welche sie geübt hat, um die Zahl der Differenzen zwischen den beiden Häusern auf ein Minimum zu reduzieren. Die Regierung nimmt keinen Anstand, die von der Commission gestellten Anträge sämmtlich zu akzeptiren.

Das Haus nimmt darauf, da ein Widerspruch gegen die Zulässigkeit des Antrages nicht erfolgt, den Gesetzentwurf ohne weitere Debatte en bloc an.

Dann setzt das Haus die zweite Beratung des Gesetz-Entwurfs, betreffend die Orden und ordensähnlichen Congregationen der katholischen Kirche fort, die gestern in der Debatte über § 1 unterbrochen war.

§ 1 lautet: „Alle Orden und ordensähnlichen Congregationen der katholischen Kirche sind vorbehaltlich der Bestimmung des § 2 von dem Gebiete der preußischen Monarchie ausgeschlossen. Die Errichtung von Niederlassungen derselben ist unteragt. Die zur Zeit bestehenden Niederlassungen dürfen vom Tage der Verkündung dieses Gesetzes ab neue Mitglieder, unbeschadet der Vorchrift des § 2, nicht aufzunehmen und sind binnen sechs Monaten aufzulösen. Der Minister der geistlichen Angelegenheiten ist ermächtigt, diese Frist für Niederlassungen, welche sich mit dem Unterricht und der Erziehung der Jugend beschäftigen, um für deren Erfas durch anderweitige Anstalten und Einrichtungen Zeit zu lassen, bis auf vier Jahre zu verlängern. Zu gleicher Beute kann derselbe auch nach Ablauf dieses Zeitraums einzelnen Mitgliedern von Orden und ordensähnlichen Congregationen die Befugnis gewähren, Unterricht zu erteilen.“

Hierzu liegt ein Amendment des Abg. Birchow vor: in Alinea 1 hinter „Kirche“ die Worte einzufüßen: „welche ihre Mitglieder durch Gelübde oder Eide verpflichten.“

Abg. Petri: Es existiert in Deutschland eine ganze Reihe von Orden, die unter auswärtigen Oberen stehen, und zwar gerade solcher Orden, die eine reiche Wirthschaft entfalten. Unter Oberen in Rom stehen sämtliche contemplative Orden: Augustiner, Dominikaner, die drei Schattirungen der Franziskaner und die Kapuziner; von den Frauenorden haben die barmherzigen Schwestern vom heiligen Karl Borromäus ihr Mutterhaus in Frankreich. Schädlicher aber als dieser Gehorsam gegen einen auswärtigen Oberen sind die wirthschaftlichen Gefahren, welche die Klöster mit sich bringen. Denn da, wo Klöster sich befinden, verarmt die Umgegend bald. (Heiterkeit.) Mir sind in diesen Tagen verschiedene Originalbriefe zugegangen, welche auf das von den Vorstufen der Klöster beobachtete Verfahren und auf einzelne der gestern gehörten Behauptungen, namentlich daß die Angehörigkeit eines Familiengliedes zu einem Orden als ein Segen für die Familie angesehen wird, ein sehr klares Licht werfen. In einem Briefe heißt es: „R. N. von R. auf im Centrum: Namen — ich verschweige die Namen, will sie aber dem Herrn Abg. Windthorst zur Disposition stellen, wenn er sie zu verschweigen versucht.“ — Abg. Windthorst (Meppen): Nein, ich will keine Geheimnisse (Heiterkeit), — also R. N. von R. ist vor drei Jahren in das Kloster zu R. eingetreten und hatte sofort 1000 Thlr. zu schenken. Es war ihren beiden Schwestern versichert worden, daß nichts weiter begedreht werden würde. In dem Jahre 1873 nun erhielten sie eine Urkunde zugesellt, wonach R. weitere 2000 Thaler geschenkt habe und sollten sie das Geld auszufolgen. Die eine Schwester reiste nach R., um Vorstellungen zu machen. Die Oberin äußerte zu ihr: Die Kirche muß ihr Vermögen in Sicherheit bringen, denn in den nächsten ein bis zwei Jahren werden alle Klöster aufgehoben werden. Ich habe jetzt 600 Schwestern unter mir, jede hat mehr, weit mehr geschenkt, als R., nur Ihnen habe ich es so gemacht. Die eine Schwester wendete sich an den Bischof zu R., der ihr antwortete, die Schenkung sei freiwillig. Es liegt mir der notarielle Act vor, in welchem diese Schenkung beurkundet ist. Diese Schenkung ist natürlich verkleidet in die Form des Alimentationsvertrages. Es liegen mir ferner drei Briefe von dem Notar, welcher diese Urkunde aufgenommen hat, ebenfalls in dem Original vor. In einem dieser Briefe heißt es: Da die Angelegenheit im Interesse Ihrer Schwester Katharina — so heißt die R. N. — durchaus hier geordnet werden muß, so erinnre ich Sie, mir den dort auszufertigenden Act in Abschrift mitzutheilen. Es liegt mir ferner vor, das Schreiben des Bischofs R., welches seine Beihilfe zur Befreiung oder Annulierung dieser fraglichen Schenkung zurückweist, desgleichen ein Originalbrief, welcher an die Schwester, welche sich nicht im Kloster befindet, von einer Klosterschwester, auch in dieser Angelegenheit gefördert worden ist, der wörtlich so lautet: „In Erwideration Ihres Schreibens an die Schwester Battista — diesen Namen hat sie nach dem Eintritt in das Kloster erhalten, wie jeder, der in ein Kloster tritt, einen andern Namen erhält — vom 2. November vorigen Jahres, welche ich Ihnen im Auftrag unserer ehrwürdigen Mutter mit, daß Sie so freundlich sein möchten, sich in der betreffenden Angelegenheit an Herrn R. zu R. zu wenden. Demselben haben wir die ganze Sache übergeben, können also nur handeln, wenn wir von ihm aufgefordert werden. Da die Schwester Battista von dem Briefwechsel über diese unangenehme Geschichte nichts weiß und recht vergnügt in dem Gedanken ist, daß die ganze Sache erledigt ist, hat unsere ehrwürdige Mutter Ihr den letzten Brief nicht übergeben. Zugleich lädt die ehrwürdige Mutter freundlich bitten, Schwester Battista mit ähnlichen Briefen zu vertrösten, da die nur dazu dienen, Ihre Rübe zu tönen. Mit freundlichem Gruss zeichnet hochachtungsvoll Schwester Maria Stanisla.“

In meinen Augen ist das ganze Klosterwesen nichts als ein Anachronismus. Die ursprüngliche christliche Kirche wußte nichts von ihnen, und als zu Ende des 4. Jahrhunderts Antonius für das Morgenland und im Anfang des 5. Jahrhunderts Benedictus von Nursia für das Abendland Klöster errichtet, hatten dieselben eine Bedeutung, denn damals war das Heidentum im Absterben begriffen, es war kein idealer Zug mehr im Heidentum. Damals hatte die ascetische Übung des Einzelnen eine Bedeutung und ebenso hatten die Klöster im Mittelalter eine Bedeutung. Sie waren damals in der That Culturstätten, wenn man ihre Bedeutung auf ganz unterschieden übertrieben hat, denn sie erhielten nur vorhandene wissenschaftliche Säfte und zwar in einer mangelhaften Art, trieben aber nicht eine eigentliche Wissenschaft im modernen Sinne des Wortes. (Sehr richtig! links; Gelächter im Centrum.) Heute sind die Klöster nichts als die reine Negation aller der Institute, auf welchen unsere Cultur beruht. Sie negieren die Familie, die Gemeinde, den Staat und auch das Vaterland. Jeder Orden löst seine Infassungen von allen menschlichen und bürgerlichen Beziehungen los, jeder Orden sucht sogar die Erreichung der religiösen Aufgaben jedes Menschen lediglich in seinen Formen, identifiziert die gesamte Kirche mit sich und macht seine Mitglieder zum willenslohen Werkzeug seines Oberen, und das ist doch eine offensichtliche Gefahr, wenn dieser Obere in dem feindlichen Auslande sitzt. Ich hätte nichts dagegen, wenn man die Art an alle Orden, auch die Schul- und Krankenpflegeorden, gelegt hätte. Ich bin der Lezte, der die gestern hervorgehobenen Verdienste der barmherzigen Schwestern im letzten

Kriege nicht anerkennt, wer aber vom deutschen Volk hat damals seine Schulbildung nicht gehabt? Haben unsere Frauen und Töchter unsere Krieger nicht auch gepflegt und war das Opfer des einfachen Landwehrmannes nicht ein viel höheres, wenn er Weib und Kind, Haus und Hof verließ und die Brüder den feindlichen Augen entgegensegte?

Auf der andern Seite werden Sie nicht bestreiten können, daß gerade diese barmherzigen Schwestern vorzugsweise Ihre ultramontanen Schriften verbreiten, daß sie in die Familien und namentlich solche, wo gemischte Ehren herrschen, den Samen der Zwietracht hineingetragen haben. (Unterbrechung im Centrum; Rufe: Nicht wahr!) Noch bedenklicher ist mir das zeitweise Aufrütteln der Schulorden. Die Hälfte aller Orden verfolgt Schulzwecke, weil Rom recht wohl weiß, welchen Einfluß es gerade dadurch besitzt. Wollen Sie uns zumutnen, daß wir selbst unsere Feinde groß ziehen? Hier kann vor dem Lande nicht oft genug betont werden, daß es eine heilige Pflicht der Staatsregierung ist, allen literalen Einfluß sowohl als möglich aus unseren Schulen zu verbannen. Wir sind bereit, dazu der Staatsregierung noch so hohe Mittel zu gebieten. Ich erinnere Sie zum Schlus an das große Wort Fichte's in seinen unsterblichen Reden an unsere Nation: Die oberste Aufgabe der Erziehung ist die, in Aller Herzen die wahre und allmächtige Vaterlandsliebe zu entzünden. (Beifall links; Bischen im Centrum.)

Ministerialdirektor Förster: Ich bitte Namens der Staatsregierung das hohe Haus, das Ammentum Birchow, dem eine größere Tragweite beigelegt werden könnte, als der Antragsteller vielleicht absichtigt hat, abzulehnen und zwar, weil es einerseits überflüssig ist, da mit dem Begriff „Orden und Congregationen“ das Gelübde verbunden ist, und weil es andererseits in Eingang des Gesetzes der entgegenstrebenen Partei die Thür zeigen würde, von wo aus das Gesetz umgangen werden könnte. Es würde wahrscheinlich die Folge haben, daß die Gelüsse nicht als nötig angesehen, tatsächlich aber befolgt werden würden.

In der Sache würde nichts geändert werden, aber man würde sich dahinter zurückziehen können, indem man eine besondere Verpflichtung nicht für notwendig erklärt. Wenn ich sage, dem Antrag könnte eine größere Tragweite beigelegt werden, als der Antragsteller absichtigt hat, so meine ich, daß er die angeblichen Congregationen, die ihre Mitglieder nicht durch Eid oder Gelübde verpflichten, als solche Vereine ansehen will, die dem Art. 30 der Verfassungsurkunde unterworfen sein würden, also die Freiheit des Vereinsrechtes für sich in Anspruch nehmen können. Der Abg. Windthorst (Meppen) hat gestern behauptet, daß hinsichtlich bei der Bearbeitung seines Bundes über die Orden einseitig aus den Provinzen Berichte eingezogen habe. Diese Befugnis hat er weder gezeigt, noch hat er Berichte von den Provinzial- oder Latalbörden eingezogen. Ihnen haben nur die aus Veranlassung der Frage, welche Orden dem Jesuitenorden verwandt wären, von den Regierungen und Oberpräfekten an den Cultusminister erfasst. Diese Berichte vorgelegen. Diese beziehen sich wesentlich auf die Angaben der Zahl und der Statuten. Daß keine Urtheile für die Staatsregierung nicht maßgebend gewesen sind, hat der Herr Cultusminister bereits gestern ausgeführt. Der Herr Abg. Windthorst hat nämlich darauf einen Nachdruck gelegt, daß es etwas Unerhörtes sei, daß jetzt plötzlich die gegenwärtige Staatsregierung eine einer vierjährigen Praxis aller Vorgänger im Amt und aller übrigen dabei beteiligten Amtsstellen widersprechende Interpretation der Verfassungsurkunde aufstelle.

Es kann darin eine Überhebung gegenüber den Vorgängern im Amt um so weniger gesunden werden, als wir jetzt nach einer 25jährigen Interpretation nach einer bestimmten Richtung hin eine Erfahrung gemacht haben, die uns gezeigt hat, daß die Interpretation zu falschen Resultaten führt. An der Hand dieser Erfahrung mußte die Regierung die Nichtigkeit der bestehenden Interpretation nochmals prüfen. Überhaupt muß der gegenwärtigen Staatsregierung wie dem hohen Hause in jener gegenwärtigen Zusammensetzung die vollkommen freie Befugnis bleiben, nach eigenem besten Wissen und Gewissen die Gesetze zu interpretieren. Das Wort des Gesetzes bleibt bestehen und ist Objekt der Interpretation; wer die Verantwortung für die Interpretation hat, muß auch frei von dieser sein. Von diesem Standpunkt ist die Regierung zu der Ansicht gelangt, daß die bisherige Praxis vielfach auf einer unrichtigen Interpretation der Verfassungsbestimmungen sich geprägt hat. Der Art. 12 kann überhaupt nur verstanden werden, wenn man ihn von seiner geschichtlichen Seite aus nimmt, wenn man sich daran erinnert, welche Bedeutung seit der Reformation in allen in Deutschland zu Stande gekommenen Friedensschlüssen das liberum exercitium religionis gehabt hat. Der Art. 12 soll, diese Frage abschließend, sagen: Jeder ist in seinem religiösen Bekenntnis frei, und die aus der geschichtlichen Entwicklung sich ergelbten Consequenzen feststellen: einmal, daß diejenigen Personen, die durch ein gemeinschaftliches Religionsbekenntnis nicht vereinigt sind, sich auch zu Religionsgesellschaften verbinden können, und solche Religionsgesellschaften sind die erlaubte Zwecke verfolgen (Art. 30) und deshalb ist hier das Citat ein vollständig berechtigtes; denn diese Religionsgesellschaften stehen unter Art. 30. Dann ist die weitere Folge gezogen, daß diese neu sich bildenden Religionsgesellschaften auch das Recht der gemeinschaftlichen Religionsübung haben, wie es auch die nächste Sache des Art. 12 enthält. Corporationsschreie aber haben sie ohne Weiteres nicht; sie sollen sie erst nach Art. 13 durch ein besonderes Gesetz erhalten. In Art. 13 sind die geistlichen Gesellschaften der Beschränkung unterworfen, daß sie nicht allein dem allgemeinen nach Artikel 31 künftig zu erlassenden Gesetze ohne Weiteres unterworfen sind, sondern daß man bei ihnen noch speziellere Bestimmungen feststellt, ehe sie Corporationsrechte haben.

Der Abgeordnete Windthorst (Meppen) hat ohne irgend eine Begründung die Orden und Congregationen als Religionsgesellschaften erklärt. Im Sinne des Artikels 12 sind sie nicht, ja überhaupt nicht, sondern sie sind bestimmte organische Bildungen auf einem Gebiete im Umfange einer bestimmten Religionsgesellschaft. Religionsgesellschaften sind nur die durch ein bestimmtes Bekenntnis verbundene Vereinigungen, wie die katholische oder evangelische Kirche. Am Schlus des allgemein einleitenden Abschnittes ist allerdings in den §§ 11, 12 A. L. R. II. 11 gesagt, daß Religionsgesellschaften theils Kirchengesellschaften, theils geistliche Gesellschaften seien; diese Paragraphen haben darin ihren richtigen Sinn, daß auf der Basis eines gemeinschaftlichen Religionsbekenntnisses sich theils bestimmte Kirchengesellschaften bilden können, vorunter bekanntlich das Landrecht die einzelnen Kirchengemeinden verteilt, theils auch aus erbahler dieser Kirchengesellschaften ibnen parallel geistliche Gesellschaften sich organisieren können. Die geistlichen Gesellschaften aber hat die Verfassungsurkunde der Religionsgesellschaft gegenübergestellt, dadurch also gezeigt, daß sie darunter etwas Anderes und Engeres versteht. — Aus der Erwähnung der geistlichen Gesellschaften im Art. 13 hat der Abg. Windthorst (Meppen) gefolgert, es sei ihnen ihre Christen garantiert. Wenn gesagt ist: wo geistliche Gesellschaften existieren, sollen sie in Folge eines besonderen Gesetzes nur Corporationsrecht haben, so folgt daraus nicht, daß der Staat die Verpflichtung übernommen hat, geistliche Gesellschaften überhaupt zu garantieren. Selbst durch die Verleihung der Corporationsrechte würde das Gesetzgebungsrecht, sie künftig einmal aufzuhören, nicht alterirt sein. Ich habe mich gewundert, daß der Abg. Windthorst, als er zum Beweise der Verfassungswidrigkeit der Vorlage den Art. 15 — wegen der Allgemeinheit seines Inhalts das weite Gesäß, in daß man alles hineingießen kann — anzug, nur wenigen Gedanken, von den von der selbstständigen Ordnung und Verwaltung der kirchlichen Angelegenheiten, herangezogen hat und den zweiten, daß die Kirche im Besitz und Genuss ihrer Anstalten bleiben solle, nicht erwähnt hat. Ich behaupte, daß nach der ganzen geschichtlichen Entwicklung der Orden und Congregationen niemals dieselben als eine kirchliche Angelegenheit oder als eine kirchliche Anstalt angesehen worden sind. (Abg. Windthorst (Meppen): Das ist etwas ganz Neues.)

Sie sind, wie der Abg. Windthorst ganz charakteristisch und richtig gesagt hat, die Manifestationen des katholischen Lebens, aber niemals spezielle kirchliche Institute gewesen; im Gegenteil kann man sagen, sie sind auf Grund des Bekenntnisses parallele Bildungen neben den kirchlichen Bildungen gewesen. Ich erinnere daran, wie häufig das Festzeichen der Orden in den einzelnen Diözesen zu den grössten Reibungen mit den Bischöfen geführt hat, weil diese durch die Orden sich in ihren theils landesherrlichen, theils geistlichen jurisdicitionellen Befugnissen befürchteten, und die Orden häufig eine von der kirchlichen Gewalt des Bischofs exemplare Stellung

theils beanspruchten, theils als kaiserliches oder päpstliches Privilegium erlangt hatten. Erst nach Wegfall der landesherrlichen Rechte der Bischöfe und der Übertragung der Aufsicht über die Orden und Congregationen an den Diözesanbischof sind solche Gewaltürsnisse und Reibungen vermieden worden. Jedoch sind die Orden nicht Angelegenheiten, die die Kirche durch die kirchlichen Organisationen innerhalb des katholischen Bekenntnisses als ihre Angelegenheit in Anspruch zu nehmen hat, und ebenso wenig sind sie Anstalten, die der Kirche als solche gehören und in deren Besitz und Genuss sie bleiben soll. Denn man muß unter dem Begriff der Kirche etwas Organisiertes, Corporatives verstehen und die katholische Kirche innerhalb Preußen oder auch einer Diözese ist keine Corporation, sondern corporativ sind nach preußischem Recht nur die einzelnen Gliederungen der katholischen Kirche, insbesondere die Pfarreien und die Capitel bei den Domänen, die Collegiatstifts u. dergl., die das A. L. R. ausdrücklich hervorgehoben hat. Diejenigen Organisationen gegenüber aber sind die Orden in ihrer nebenhergehenden Entwicklung nicht Angelegenheiten und nicht Anstalten der Kirche; insfern trifft also Art. 15 der Verfassung auf das gegenwärtige Gesetz nicht zu. Die Vereine aber, deren Bildung, wenn sie erlaubte Zwecke verfolgen, ist in jedem Staate, der die Befreiung der Kirche etwas erlaubt, unter der Disposition der Mitglieder, die ihn bilden; sie bestimmen ihm seine Zwecke, stellen die Mittel zur Erreichung des Zwecks fest und können sie andern, besitzen überhaupt eine Verfassung über den Verein als solchen. Die Mitglieder der Orden dagegen werden durch diese in ihrer ganzen Lebensstellung ergriffen und müssen sich den Regeln der Congregation unbedingt unterwerfen, ohne irgend etwas dazu beizutragen, wie die Congregation ihre Zwecke erfüllen soll. Die Congregation ist also keine freie Bildung, sondern die Mitglieder treten in ein in festgewordenes Gesetz, und darum gehören die Congregationen nicht unter das freie Associationsrecht, welches Art. 30 allein im Auge hat.

Abg. Franz: Ich bestreite dem Abg. Petri ganz entschieden, daß mehrere Frauengenossenschaften, die er genannt hat, in Frankreich ihre Oberen haben; sie haben ihre Mutterhäuser in Deutschland und sind von Frankreich ganz unabhängig. — Das Cardinal-Protectorat, von dem er gesprochen, beruht einfach darauf, daß die Orden, wenn sie ihre Angelegenheiten in Rom betreiben, jemanden haben müssen, der sich ihrer Sachen mit einer gewissen Wärme annimmt. (Aha! links.) Er hat dann ferner von den wirtschaftlichen Gefahren der Orden gesprochen und uns eine Reihe anonymer Schriften verlesen, auf die wohl kein Mensch im Hause irgend welches Gewicht legt wird. (Lebhafte Widerrede links.) Ich will ihm dagegen die „Erfahrer Zeitung“, ein gewiss staatsfreundliches Organ, vorführen, welches in einem längeren Artikel darauf hinweist, eine sie legenstreiche Thätigkeit das Trappistenkloster in Maria-Laach im Interesse der Cultur der ganzen dortigen Gegend entfaltet habe. Gegenwärtig haben freilich diese Trappisten bereits ihre habensfähigkeiten zusammengepakt, um über die Grenze zu gehen. Hätte Herr Petri sich ein wenig gründlicher mit der Kenntnis des Mittelalters beschäftigt, so würde er von der hohen wissenschaftlichen Bedeutung der Dratianer und Marianer mit großer Achtung sprechen. — Die statistischen Angaben in den Mithben sind höchst mangelhaft. Nach meiner Schätzung kommen mehr als 80 Prozent der Vermehrung und des Wachstums der Orden in Preußen nach Einführung der Verfassung auf die krankenpflegenden Orden. Es kommen überhaupt nur auf je 45.000 Katholiken ein Mitglied der rein geistlichen Orden, auf je 5500 ein Mitglied der erziehenden und unterrichtenden, und auf je 1250 ein Mitglied der krankenpflegenden Orden. Es ist also das Wachstum, wenn man diese Zahlen betrachtet, keineswegs ein so bedeckliches und gefährdendes auch im Sinne dieser Vorlage, wie es immer hier geschildert wird.

Was den uns vorgehaltenen Radargerüsts der Orden betrifft, so beruht dieser Ausdruck auf einem Vorbruch des heiligen Franziskus, der das Gleiche nicht braucht. „Rebte einen Leichnam, legt ihn wohin ihr wollt, er wir niemals murren, widerstreben und den Gehorsam verweigern; das ist die wahre christliche Gehorsam.“ (Hört! links.) Nun, meine Herren, ob jemand dies Gleichnis gefällt, ist Geschmackssache; es ist sogar die Frage ob es mir gefällt; aber die Behauptung, daß diese Vorbruch für die hier in Niedersachsen stehenden Orden bindend ist, soll noch erst erwiesen werden. Einen Bernuntschluss werden Sie jedenfalls zugeben müssen: Entweder sind alle Orden gefährlich, wenn dann heben Sie sie alle auf. (Sehr richtig! links), oder aber das ist nicht der Fall, dann lasse man auch alle unbehelligt. Glauben Sie etwa, daß die barmherzigen Schwestern oder Brüder weniger gute Ordensleute sind als die anderen Congregationen? Die Schwestern würden gegen eine solche Unterstellung selbst auf das Lebhafte protestieren. Sie werden dies Gesetz votieren und damit eine große Zahl von segensreichen Genossenschaften aus dem Lande treiben. Sie verlezen und erregen dadurch die Gefühle der katholischen Bevölkerung auf das bestigten; sie rauben dem Volke die Lehrer und Lehrerinnen, die Pädagogen der Kranken im Kriege und im Frieden; denn es ist unabweisbar, daß die krankenpflegenden Orden unter dem Polizeifeit und der Staatsaufsicht die rege und frische Entwicklung, die sie bisher gezeigt, bald verlieren werden. Zum Schlus gestatten Sie mir ein Telegramm aus Breslau zu verlesen, welches sich auf die geistige Ausübung des Cultusministers über das dortige Ursulinerinnenkloster bezieht. Dasselbe lautet: Materielle Behauptung ganz unrichtig; der angegebene Zweck erfunden. Die Angelegenheit betrifft uns ganz anschließlich. (Heiterkeit links.)

Riegerungs-Commissar Ministerial-Director Förster: Auf diese letzte Aeußerung muß ich erwidern, daß die Regierung sich nicht Behauptungen erfindet, auf die sie Gesetze und Motive stützt, sondern daß sie

Segebung eine bedeutsame Stelle getroffen hat. (Abg. Windthorst-Meppen: eine lebendige!) Der Abg. Windthorst hat mir das Wort „lebendig“ schon früher mehrmals mit eigenhändiger Betonung zugesetzt; einmal hat er mir den Namen des „lebendigen“ Gottes zugesetzt, als ob hier jemand an einen toten glaubte. (Heiterkeit.) Wides Fleisch ist auch lebendiges Fleisch, glauben Sie nicht, daß das nur ein Appell ist, das einem der Teufel so an den Leib setzt. (Große Heiterkeit.) Wie ein so gewiegeter Jurist, wie der Abg. Windthorst den oft widerlegten Vorwurf der Verfassungswidrigkeit wiederholen kann, verstehe ich nicht; seine Beziehung auf den Art. 30 (Ver eins- und Versammlungsrecht) kann ich nicht als eine ernst gemeinte ansieben. (Abg. Windthorst: Sie ist ganz ernst gemeint.) Nein, ich kann das nicht glauben. (Heiterkeit.) Wie man sich vorstellen kann, Orden und Congregationen seien die im Artikel 12 bezeichneten Religions-Gesellschaften, das geht doch an das Romische. Es ist doch selbstverständlich, daß es sich im Art. 12 um die Religions-Gesellschaften des Art. 15, also um die katholische und evangelische Kirche handelt. Die gegenwärtigen Orden sind keine freien Organisationen, sondern durch die Abrichtung auf Gehorsam wohlpräparierte Werkzeuge der Hierarchie. Die Regierung wird die Bedeutung ähneln, aber unabdingbarer Gesellschaften, die innerhalb der Staatsgewalt wirksam sind, nicht hindern können. Es bleibt nur übrig, wenn derartige Vereine gegründet werden, andere zur Gegenwirkung zu gründen, um den schädlichen Einfluss der ersten zu paralyseren; sie können dem Staat unbequem sein, aber das muß er sich gefallen lassen. Mit Inhibitoren und Polizeiverordnungen ist dabei nichts zu machen. Der Staat ist berechtigt, diejenigen Orden, welche sich als einfache Werkzeuge der Hierarchie darstellen, mit den ganzen Schäften des Gesetzes zu treffen. Es ist aber jedenfalls ein großes Amtshauszeugnis für den Staat, daß er sich die Schulden gefallen läßt. (Sehr richtig!)

Orden, die bei uns ganz nützlich gewirkt haben, sind anderswo schädlich gewesen; so haben sich die Ursulineninnen bei uns innerhalb der Gesetze gehalten, in Bayern nicht. Nützlich sind die Krankenpflegeorden, die ganz gut angefangen haben, schließlich in solche Missbräuche versunken, die selbst in katholischen Gegenden eine zum Theil gewaltsame Aenderung zur Folge hatten. So war man genötigt, dem großen Krankenpflegeorden vom heiligen Geist, der über ganz Europa ein bewunderungswürdiges Krankenhausystem verbreitete, die Verwaltung aus der Hand zu nehmen und bürgerlichen Händen zu übergeben. So sah ich, auch aus persönlicher Anschauung im letzten Kriege, die Verdienste der barmherzigen Schwestern anerkennen muß, so haben doch ihre Krankenhäuser an solchen Missständen geträumt, daß man weitsichtige Krankenwärter anstellte. Ich glaube, daß eine Entwicklung unseres Krankenpflegewesens nur auf dem Gebiete der bürgerlichen Pflege möglich ist. Denn wenn ich diese Institutionen als einer fremden feindlichen Macht unterthänig betrachte, so wäre es doch sonderbar, wenn ich von ihnen allein Heil hoffen sollte. Wenn sie deshalb gemischaucht werden sollten, um Unzufrieden in den Familien zu stören, die letzten Stunden des Sterbenden zu stören, um allerlei Legate an die Kirche u. s. w. zu erlangen, dann würde ich ohne Weiteres einen Strich machen und sagen: Nun hört die Sache auf. Wir sind der Meinung, daß unsere Bevölkerung gesüchtet werden muß vor der infestischen Natur der Orden. Das dem jüdischen Geiste dienstbar gewordene Ordenswesen ist eben absolut unverträglich mit der Cultur, als deren Träger wir uns betrachten. (Lachen im Centrum.) Wenn Sie (im Centrum) an dieser Cultur teilnehmen, so nehmen Sie in der That nicht daran Theil wegen dieser Orden oder durch diese Orden, sondern trotz dieser Orden. (Sehr wahr! links.) Wenn Sie exogen wären, wie es im Sinne der Ignorantianer und anderer Orden liegt, dann würde es bedenklich sein, ob Sie auf diesen Bänken erscheinen und solche Reden halten könnten. (Heiterkeit.)

Das geschieht auf Grund eines andern Geistes, als der in den modernen Klöstern herrscht; wenn Deutschland so behandelt würde wie Spanien, dann würden wir bald auf spanische Zustände kommen. (Stimme im Centrum: Liberalismus!) Ja, nicht alles, was sich Liberalismus nennt, ist Liberalismus. (Heiterkeit.) Was Sie (im Centrum) Liberalismus nennen wollen, würde mich un interessant zu ersparen sein. (Heiterkeit!) Dann möchte ich noch bitten, berichten Sie uns mit den fortwährenden und namentlich im Munde meines geehrten Nachbarn (des Abg. v. Schorlemers-Alst) überaus lebhaften Anschuldigungen, daß wir einfache Knechte des Herrn v. Bismarck seien. (Abg. v. Schorlemers-Alst: Sehr richtig! — Heiterkeit.) Ich könnte vielleicht historisch nachweisen, daß ich zu einer Zeit, wo Herr v. Bismarck noch gar nicht an diese Dinge gedacht hat, schon als lebhafter Vertreter dieser Gedanken auf dem Kampfplatz gewesen bin, die gegenwärtig zu Gesetzen formuliert werden. Es wäre doch in der That sonderbar, wenn ich, der ich Decennien hindurch mit meinen besten Kräften für diese Sache gestritten habe, in dem Augenblick, wo Herr v. Bismarck zu der Überzeugung kommt, daß das verständig und weise ist (große Heiterkeit), nun sagen wollte: weil Herr v. Bismarck es macht, gebe ich nicht mehr mit. (Heiterkeit.) Ich werde es mit Geduld tragen müssen, wenn auch noch weiterhin von Ihren Bänken aus dieser Vorwurf gemacht wird; aber täuschen Sie sich darüber nicht, das Bündnis des Herrn v. Bismarck mit dem Liberalismus ist doch nur möglich auf Kosten gewisser Meinungen, welche Herr v. Bismarck hatte (Abg. Windthorst-Meppen: Auf unsere Kosten!). Indem er diese Kosten trägt, lassen wir uns das billige Weise gefallen; wir unterstützen ihn dafür unsererseits. (Stürmischer Beifall links.)

In der Abstimmung wird das Amendment Birchow's zu § 1 abgelehnt. Das Centrum, Polen und einige Mitglieder der Fortschrittspartei. (Abg. Birchow, Düncker, v. Kirchmann u. a. — § 1 wird unverändert angenommen; dagegen nur Centrum, Polen und der Abg. v. Kirchmann.)

§ 2 lautet: Niederlassungen der Orden oder ordensähnlichen Congregationen, welche sich ausschließlich der Krankenpflege widmen, bleiben fortzubehalten; sie können jedoch jederzeit durch königliche Verordnung aufgehoben werden; bis dahin sind die Minister des Innern und der geistlichen Angelegenheiten ermächtigt, ihnen die Aufnahme neuer Mitglieder zu gestatten.

Abg. Frhr. v. Wendt: Für die Ausnahme, welche hier mit den der Krankenpflege gewidmeten Orden und Congregationen gemacht wird, wird nicht nur das ganze katholische Volk, sondern auch sonst jeder dankbar sein, der die Wohlthat ihrer Pflege genossen hat. Dennoch soll es aber zulässig sein, sie jeder Zeit durch königliche Verordnung aufzulösen. Damit wird die Verlesung des Art. 30 der Verfassung wiederholt. Daß eine solche hier vorliegt, ist meines Erachtens gestern von den Abg. Reichenberger und Windthorst überzeugend nachgewiesen worden und ich habe den Eindruck, daß ihre Ausführungen die vollkommene Billigung aller Juristen gegenüber den Interpretationen des Cultusministers und seines Commissars finden werden. Der Abg. Petri hat das Klosterwesen einen Anachronismus genannt, das wohl einen Sinn gehabt habe zur Zeit der römischen Kaiserherrschaft, als jeder Idealismus aus dem Leben verschwunden war. Ich glaube nicht, daß unsere Zeit an einem Übermaß von Idealismus frant, was sie auszeichnet, ist ein raschloses Streben nach erlaubtem und unerlaubtem Gewinn. Ideale Bestrebungen finden sich allein noch in der katholischen Kirche, speziell im Leben der Ordensleute und gerade deshalb erscheinen sie Ihnen gefährlich. Ich bitte Sie, den Paragraphen abzulehnen.

§ 2 wird angenommen.

Gegen § 3 (Die fortbestehenden Niederlassungen der Orden und ordensähnlichen Congregationen sind der Aufsicht des Staates unterworfen) spricht Abgeordnete Schenk unter großer Unruhe des Hauses. Der Paragraph sei entweder durch eine des Liberalismus unwürdige Furcht oder durch confessio nelle Beschränktheit dictirt; er werde den Ministern des Innern und des Cultus eine bequeme Handhabe zu allerlei Polizei-Chikanen bieten, und es schließlich dahin bringen, daß auch diejenigen Orden, welche das Gesetz vorläufig bestehen lassen will, sich genötigt sehen werden, ihr Vaterland zu verlassen.

§ 3 wird hierauf genehmigt.

§ 4 lautet: Das Vermögen der aufgelösten Niederlassungen der Orden und ordensähnlichen Congregationen unterliegt nicht der Einziehung durch den Staat. Die Staatsbehörden haben dasselbe einzusehen in Verwahrung und Verwaltung zu nehmen.

Der mit der Verwaltung beauftragte Commissarius ist nur der vorgesetzten Behörde verantwortlich; die von ihm zu legende Rechnung unterliegt der Revision der Königlichen Oberrechnungskammer in Gemäßheit der Vorschrift des § 10 Nr. 2 des Gesetzes vom 27. März 1872. Eine anderweitige Verantwortung oder Rechnungslegung findet nicht statt.

Aus dem Vermögen werden die Mitglieder der aufgelösten Niederlassungen unterhalten. Die weitere Verwendung bleibt gesetzlicher Bestimmung vorbehalten.

Zunächst berichtet Abg. Dr. Gneist über eine Petition des fürstbischöflichen Consistorial-Rathes Schuppe in Breslau, welcher beantragt, den Schulschwestern den nötigen Lebensunterhalt nach Aufhebung des betreffenden Ordens aus Staatsmitteln zu gewähren, wenn die Fonds der aufgelösten Congregation dazu nicht ausreichen. Der Referent erkennt an, daß die Petition durch gewichtige Gründe motiviert sei, es könne sich aber nicht empfehlen, eine ganz unbestimmte Finanzverpflichtung des Staates in diesen Paragraphen anzunehmen, deren Tragweite sich gar nicht übersehen lasse. Es sei den Schulschwestern nur zu raten, daß sie die nächsten Jahre benutzen, um sich die zur ferneren Ausübung des Lehramtes in Preußen notwendige Qualifikation zu erwerben oder daß sie eine anderweitige ehrenvolle Beschäftigung

suchen. Er beantragte die Petition durch die Annahme dieses Gesetzes für erledigt zu erklären.

Abg. Windthorst (Meppen): Ich überlasse es dem Urtheile eines jeden logisch denkenden Menschen, ob die Bestimmungen dieses Paragraphen eine aufrichtige, rechtlich zulässige Handlung des Art. 9 der Verfassung sind, der von der Überleblichkeit des Eigentums handelt. Ich gestehe, daß mir mit der Betretung dieses Weges die Sicherheit des Privateigentums überhaupt auf das höchste gefährdet erscheint und daß ich es daher vollkommen begreife, wenn Corporationen, Genossenschaften und bereits Privatleute im Lande anfangen, ihr Vermögen in Sicherheit zu bringen. Vielleicht überlegt man sich noch einmal, ob man einen so verhängnisvollen Weg weitergehen will. Ich warne entschieden davor, denn es ist unzuverlässig, daß dies ein entschiedener Schritt zu den Grundfächern ist, die im Communismus geltend gemacht werden. — Der § 4 ist nun außerdem in seinem Sinne höchst unklar. Ist es denn der Gedanke und die Absicht der Regierung, daß das betreffende confiscated Vermögen in eine gemeinsame Kasse zusammengetragen und daß daraus die Ordensleute unterhalten werden sollen, oder soll das Vermögen jeder besonderen Niederlassung separat verwaltet und der Unterhalt der Ordensmitglieder nur aus dem Vermögen ihrer speziellen Niederlassung geschehen. Der Wortlaut des § 5 läßt beide Auffassungen zu, und ich bitte die Vertreter der Regierung, uns hierüber eine unumwundene Auflösung zu geben. — Die von dem Abg. Gneist erwähnte Petition muß ich auf das Dringendste unterstützen. Es ist eine einfache Pflicht der Regierung, daß sie für den Unterhalt derer, denen sie die Existenz genommen hat, auch dann sorgt, wenn die Mittel der betreffenden aufgehobenen Institute selbst dazu nicht ausreichen. Sie haben diese Pflicht anerkannt, als Sie im Obilegesetz den Geistlichen für den Ausfall an Stolgebühren eine Entschädigung durch den Staat bewilligten; es wäre die höchste Ungerechtigkeit, wenn Sie eine solche Entschädigung hier verweigern.

Regierungs-Commissar Ministerial-Director Förster: Die Frage des Vorredners kann ich unumwunden dahin beantworten, daß es nicht entfernt in der Absicht der Staatsregierung liegt, das Vermögen der einzelnen Niederlassungen in eine Gemeinkasse zu vereinigen, doch vielmehr die Niederlassungen einzeln verwaltet werden und einzeln den betreffenden Mit-

gliedern zu Gute kommen sollen.

— Die von dem Abg. Gneist erwähnte Petition muß ich auf das Dringendste unterstützen. Es ist eine einfache Pflicht der Regierung, daß sie für den Unterhalt derer, denen sie die Existenz genommen hat, auch dann sorgt, wenn die Mittel der betreffenden aufgehobenen Institute selbst dazu nicht ausreichen. Sie haben diese Pflicht anerkannt, als Sie im Obilegesetz den Geistlichen für den Ausfall an Stolgebühren eine Entschädigung durch den Staat bewilligten; es wäre die höchste Ungerechtigkeit, wenn Sie eine solche Entschädigung hier verweigern.

Regierungs-Commissar Ministerial-Director Förster: Die Frage des Vorredners kann ich unumwunden dahin beantworten, daß es nicht entfernt in der Absicht der Staatsregierung liegt, das Vermögen der einzelnen Nieder-

lassungen in eine Gemeinkasse zu vereinigen, doch vielmehr die Nieder-

lassungen einzeln verwaltet werden und einzeln den betreffenden Mit-

gliedern zu Gute kommen sollen.

Damit ist die zweite Beratung erledigt.

Eine Beratungsvorlage wird abgelehnt und in die dritte Beratung

des Petri'schen Gesetzentwurfs betreffend die Rechte der altkatholischen Kirchengemeinschaften an dem kirchlichen Vermögen eingetreten. Zur Generaldebatte spricht zunächst das Gejetz.

Abg. v. Gerlach: Mit der Annahme des so eben durchberathenen Kloster-

gesetzes stehen wir am Schlusse des dritten Jahrganges der Maigesetz und

es verloht sich schon, die selben einmal als Ganzes zu betrachten. Ich

wünschte, der Cultusminister hätte uns eine Statistik der mit ihnen erzielten Erfolge vorgelegt. Sie zeigen Ihnen zahllose Prozesse, die man in England nicht kennt (Heiterkeit), die Absezung resp. Verhaftung zahlreicher Geistlichen, drei Bischofe, sogar eines Cardinals (Heiterkeit). Der Redner, welcher nunmehr dieses Vorgehen der Staatsregierung einer eingehenden Erörterung und Kritik unterwirft, wird von der Linken fast bei jedem Sache mit dem Ruf: zur Sache! unterbrochen und auch der Vicepräsident Dr. Löwe er- sucht ihn, sich strenger an den eigentlichen Gegenstand der Verhandlung zu halten. Er scheint dieser Aufforderung Folge zu leisten, verfällt aber sofort in den ihm eigenen Flüsterton und bleibt bis zum Schlusse seines Vortrages

unverständlich.

Die Generaldebatte wird hierauf geschlossen.

Gegen § 1 spricht Abg. Jäschke unter großer Unruhe des Hauses, indem er nachzuweisen sucht, daß das Altstadtlengesetz in die inneren Angelegenheiten der katholischen Kirche eingreife, so daß in der That der protestantische Staat Preußen vorschreibe, was innerhalb des katholischen Kirche Recht sein solle. (Widerspruch links.) Indem er die Nutzenbenutzung der katholischen Kirche anordnet, entzieht er den gläubigen Katholiken die Möglichkeit, das Opfer, welches sie hören müssen, anzuhören ohne sich zu verfüründigen; und indem er die Altstadtkatholiken nach wie vor als Mitglieder der katholischen Kirche betrachtet, lenget er das Recht der Kirche, Mitglieder aus ihrer Gemeinschaft auszuschließen. Die Altstadtkatholiken haben sich vollständig sowohl auf dem Gebiete des Glaubens wie des Lebens von der römisch-katholischen Kirche getrennt und sollten sich nicht Altstadtkatholiken, sondern Neuprotestanten nennen. Wenn der Altstadtkatholizismus aber Vater und Mutter verleugnet hat, so hat er auch kein Recht auf das elterliche Erbe und er kann daher eine Nutzenbenutzung des katholischen Kirchendomägens nicht beanspruchen.

§ 1 wird angenommen.

Bei § 2 ergreift Abg. Jäschke das Wort gegen denselben, schweigt aber so weit von der Sache ab, daß er vom Präsidenten darauf aufmerksam gemacht wird. Das Haus schenkt seiner Rede fast gar keine Aufmerksamkeit, sondern giebt sich fast ganz der Privatunterhaltung hin, so daß man den Redner nur mit Mühe verstehen kann.

§ 2 wird angenommen; desgleichen ohne Debatte § 3.

Gegen § 4 spricht der Abg. Vorowksi; er wird jedoch, als er auf den Unterschied zwischen Alt- und Neu-katholizismus des Weiteren eingehen will, durch häufige Stimmen aus dem Hause und schließlich auch vom Präsidenten zur Sache gerufen.

§ 4 wird angenommen.

Zum § 5 spricht Abg. Menken, der ebenfalls mit der großen Unruhe des Hauses zu kämpfen hat und sich nur schwer verständlich machen kann. Je länger seine Rede dauert, desto häufiger und heftiger werden die Rufe: zur Sache! § 5! Die Unruhe des Hauses erreicht aber ihren Höhepunkt, als Redner aus dem Commissionssbericht längere Stellen vorlesen will, so daß sich der Präsident genötigt sieht, ihm darauf hinzuweisen, daß der Commissionssbericht gedruckt und vertheilt sei und die Grundsätze der zweiten Ver- ratung gebildet habe; er sei also allen Abgeordneten bekannt.

§ 5 wird angenommen; desgleichen die §§ 6 und 7.

Bei § 8 bemerkt Abg. Windthorst (Meppen), daß er beabsichtigt habe, an die Regierung einige Anfragen zu richten. (Am Ministerialamt befindet sich nur der Minister der landwirtschaftlichen Angelegenheiten Dr. Friedenthal.) Da er aber nicht glaube, daß der landwirtschaftliche Minister ihm in dieser Culturangelegenheit Auskunft geben könne, so verzichte er auf weitere Ausführungen. (Heiterkeit.)

§ 8 wird angenommen; desgleichen § 9.

Um 5 Uhr schreitet das Haus darauf zur namentlichen Abstimmung über das ganze Gesetz, die vom Abg. v. Schorlemers-Alst beantragt war.

Das Gesetz wird mit 202 gegen 75 Stimmen angenommen. Gegen dasselbe stimmen Centrum, Polen und die Abgeordneten v. Wedel-Behlingsdorf, v. Donat, v. Manteuffel und Kallenbach.

Schluß 5½ Uhr. Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. (Vormundschaftsordnung; Ankau der pommerschen Central- und der Nordbahn; Schatzwal-

dungen und Gejetz, betreffend die Orden und ordensähnlichen Congregationen der katholischen Kirche.)

## 19. Sitzung des Herrenhauses (vom 8. Mai).

11 Uhr. Am Ministerialamt: Camphausen, Leonhardt und mehrere Commissarien.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Beratung und Beschlus-

fassung über die geschäftliche Behandlung der aus dem Hause der Abgeordneten zu erwartenden Vorlagen: a. des Gesetzentwurfs, betreffend die Er-

haltung und Begründung von Schatzwal-

dungen, sowie b. des Gesetzentwurfs, betreffend die Orden und

ordensähnlichen Congregationen der katholischen Kirche; c. des

Gesetzentwurfs, betreffend die Rechte der altkatholischen Kirchen-

gemeinschaften an dem kirchlichen Vermögen.

Das Haus beschließt, die Vorlagen zu a. und b. durch zweimalige Be-

rathung im Plenum zu erledigen, die Vorlage zu c. einer Commission zu überweisen.

Es folgt mündlicher Bericht der Budgetcommission über die Rechnung der Kasse der Oberrechnungskammer für das Jahr 1873. Das Haus genehmigt den von dem Berichterstatter Grafen v. d. Schleuenburg-Angern empfohlenen Antrag der Commission: „für die Rechnung der Kasse der Ober-

rechnungskammer für das Jahr 1873, soweit sie sich auf die preußische Ver-

waltung beziehen will, sich genötigt sehen werden, ihr Vaterland zu verlassen.“

Die gesetzliche Rechtfertigung der Tragweite derselben zu erkennen.

Berlin, 8. Mai. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem

General-Major z. D. von Grolmann, bisher Commandeur der 3. Infanterie-Brigade, den Rothen Adler-Orden zweiter Classe mit Eichenlaub und

Schwertern am Ringe; dem General-Major z. D. Cyl, bisher Commandeur der 1. Infanterie-Brigade, den Rothen Adler-Orden zweiter Classe mit

Eichenlaub; dem Justiz-Rath und Land-Syndikus der Pommerschen Land-

schaft, Calow zu Stettin, und dem Baurath Luttermann zu Koppels-

chleuse bei Meppen den Rothen Adler-Orden dritter Classe mit der Schleife;

dem Oberförster Frömling zu Hefeldorf im Kreise Mohrungen den Rothen Adler-Orden vierter Classe; dem Ober-Kapellmeister Lau bert zu Berlin den

Leute, Hans Balling, Harry Hillers, Max Gouldberg, Henry Wallis, Hans Petersen, Peck und ein Zwischenbediener. Von den Passagieren sind als gerettet ermittelt: Ludwig Reiderer aus Württemberg, Henry Stern aus New-York, Carl Kühn aus St. Gallen, Peter aus Philadelphia, Frank und Schellenberg aus New-York. Zwei Personen wurden tot an's Land gebracht.

Weiterer telegraphischer Mittheilung zufolge, sind bis jetzt 43 Personen von dem gescheiterten Dampfer „Schiller“ gerettet worden, unter denen sich der zweite, dritte und vierte Steuermann befinden. 25 Postbeutel sind geborgen.

Hamburg, 9. Mai. [Die Passagiere des „Schiller.“] Nach einem aus New-York hier eingegangenen Telegramm befanden sich folgende deutsche Passagiere auf dem verunglückten Dampfer „Schiller“: H. Bachmann, H. Wassermaier, Henry Stern, Carl Schmidt und Frau, Paul Reiss, Clara Juist mit 2 Kindern und einem Dienstmädchen, Arnold Schwarzenbach, M. Korablm mit Frau und 3 Kindern, N. Becker und Frau, J. Brummer, C. Cohn, J. Edstein, E. Mannheimer mit Frau und 2 Kindern, Oscar Kramer und Frau, Ferdinand Kreuter, Pauline Forster, Louis Niedener mit Frau und einem Kinder, Marie Schaub mit einem Kinder, Katharina Hering, August Münter, Richard Federer, Frau Holzmacher, Louisa Weitenheimer, sämtlich aus New-York; M. Stein, Jacob Vanram, Schätz, Maria Wildner mit einem Kinder, Binsen mit Frau und einem Kinder, sämtlich aus Milwaukee; Hermann Deckwitz und Frau, Marie Hesse mit einem Kinder (Brooklyn), Conßel Bach mit Frau und Tochter, ferner G. Woltmann aus Havanna, M. Kahn aus Masson, Stern aus Greenville, Leo Weste und Frau, Miss Mann aus Philadelphia, C. Walter mit 2 Kindern, Hermann Stotting mit Frau und Sohn aus Georgetown in Colorado; Frau S. Holzhauer mit einem Kinder aus Troy, Mrs. Ney mit 2 Kindern, C. Seelig und Frau aus Hoboken, Auguste Biegler mit einem Kinder, Dora Biegler, Doran, Kohl, Miss Meyer aus St. Louis, Lina Kirchmeyer aus Baltimore, C. Aulig, Fried, Uhlmann, Mrs. M. Klemme aus Columbus, Alois Stoetmann, Mr. H. Rendlin, J. Beyr aus Detroit, Max Cohn aus Montezuma, H. Spiz aus Macon, Mrs. R. Bulson aus Shelbyville, G. Leonhardt mit Frau und Tochter Augusta, John Suppiger mit Frau und 2 Kindern, Michael Hurleman, L. Suppiger aus Highland, Ella Flachs aus Quincy, Anna Eisner, Eliza Len, Christine Len, Henry Wolters mit Frau und 2 Kindern, Gottfried Schmidt, M. Meijer aus Chicago, Otto Kirchner aus Shenandoah, W. Kohl aus Buffalo, C. Schirmer und Frau aus Columbus, Emma Hansen aus Chicco, C. Klomhammer, P. Paulsen, C. Frahm, W. Frahm aus Chas (?), Haase und Frau aus Davenport, Christian Hinn aus Ashland.

Hamburg, 9. Mai. [Nach einer weiteren hierher gelangten telegraphischen Meldung] sind auf der Insel Tresco (Silly-Inseln) 27 Personen, einschließlich einer Frau, in 2 Booten des „Schiller“ gelandet worden. Ferner wurden 13 Personen durch Boote der Inselbewohner in Sicherheit gebracht. Fünf Männer, zwei Frauen und ein Kind wurden als Leichen aufgefunden. Folgende Passagiere sind soweit bis jetzt bekannt, gerettet worden, 3 Passagiere der I. Classe: Leo Weste, Carl Kühn und Henry Stern, folgende Passagiere der II. Classe und des Zwischendecks: J. O. Voillenberg, Ludwig Röder, Silas Herter, Charles Ihren, Carl Janzen, Marcus Pourker, Charles Janzen, Johns und Frau. Die Namen von 4 anderen geretteten Passagieren des Zwischendecks sind zur Zeit noch unbekannt, weil dieselben noch bestimmenlos sind. Von der Mannschaft des „Schiller“ sind gerettet: Der erste Offizier Harry Hillers, der zweite Offizier Erwin Pohlmann und der vierte Offizier Richard Kunke, ferner die Seeleute Heumann, Max Goldberg, Henry Wallace, Claus Wieke, Ferdinand Bleisner, W. Backendorff, H. Weiser, H. Dan, F. Bathurst, H. Rehberg, S. Jensen, Christian Adamsen, Heinrich Hamann, Hans Petersen, W. Blohm, Jens Jürgen, Janzen, Frederik Bernick, Carl Ernst, Charles Lemke, Vogt, Pieron, Trimmer, August Abel, H. Hinrich, endlich der Kesselmacher Johann Schweincke und der Schiffsmühlen Bed. Unter den Vermissten befindet sich auch der deutsche Consul Wilhelm Bach.

Hamburg, 9. Mai. [Nach hier eingegangener authentischer Meldung] befinden sich auf dem Dampfer „Schiller“ 59 Passagiere in erster, 75 in zweiter Classe und 120 im Zwischendeck. Von den Geretteten werden diejenigen, welche nach Frankreich und Deutschland zu reisen beabsichtigen, von dem in Plymouth erwartenen Hamburger Postdampfer „Pomerania“ nach Cherbourg und Hamburg übergeführt werden.

Köln, 8. Mai. [Die Kaiserstrophe.] Wie die „Kölnische Zeitung“ meldet, ist die Kaiserstrophe heute Nachmittag um 2 Uhr in Köln angekommen.

Köln, 9. Mai. [Über die Reisedispositionen Sr. Majestät des Kaisers] nach dem Aufenthalte in Ems wird von der „Kölnischen Zeitung“ gemeldet, daß Sr. Majestät in den ersten Tagen des Juli nach Gastein zu gehen, Anfang August aber wieder auf Schloss Babelsberg einzutreffen gedenkt. Wahrscheinlich würde der Kaiser dann der Mitte August stattfindenden Enthüllung des Hermannsdenkmals beiwohnen. Das Königsmäander werde den Kaiser in den ersten Tagen des September in die Nähe von Liegnitz führen

und wenn, was immer mehr an Aussicht gestünde, die italienische Reise noch zur Ausführung gelangen sollte, dürfte diese Reise zwischen die Zeit des Königsmäanders und des Geburtstags Ihrer Majestät der Kaiserin fallen, den der Kaiser, wie gewöhnlich in Baden-Baden zubringen werde.

München, 8. Mai. [Se. R. R. Hoheit der Kronprinz] des deutschen Reichs und von Preußen ist hier eingetroffen und von der zahlreich versammelten Volksmenge mit enthuasiastischen Kundgebungen empfangen worden. Der Kronprinz begab sich mit dem preußischen Gesandten in dessen Hotel, um daselbst das Souper einzunehmen.

München, 8. Mai. [Se. R. R. Hoheit der Kronprinz] des deutschen Reiches hat heute Abend um 8 Uhr die Reise nach Berlin fortgesetzt.

München, 8. Mai. [Die Prinzessin Alexandra von Bayern] geboren 26. August 1826, ist in Folge eines Gehirnschlages heute Vormittag plötzlich verschieden.

### Österreich.

Nisan, 8. Mai. [Der Kaiser Franz Josef] mache gestern einen Ausflug nach dem Fort Dragali in der Triestse. Unterwegs wurde derselbe allenthalben von den lebhaftesten Ovationen der Bevölkerung empfangen. Auf der Hochebene von Dragali brachten ihm die Ortssätesten ihre Huldigung dar, in welcher Sie der Versicherung Ausdruck gaben, daß die Bevölkerung dem Kaiser in treuester Ergebenheit anhängt. Der Statthalter von Dalmatien, Feldzeugmeister Frhr. v. Rodich, beantwortete im Namen des Kaisers die Ansprache der Ortsvorsteher, denen er erklärte, daß der Kaiser die kundgegebenen Versicherungen der Anhänglichkeit mit großer Freude entgegenommen habe. Der Kaiser habe die Verherrungen der Vergangenheit vergessen und hoffe, daß die Vorlesungen ihren Versprechungen stets eingedenkt bleibent würden. — Der Kaiser kehrte nach dem Besuch des Forts alsdann hierher zurück.

### Provinzial-Beitung.

\*\* Breslau, 10. Mai. [Über die fluchtähnliche Abreise des Fürstbischofs] bringt heut die römische „Volkszeit.“ einen erläuternden Artikel, der in der Hauptsache dahin geht, daß der Herr Fürstbischof diese Art der Abreise deshalb gewählt habe, um Aufsehen zu vermeiden. Uebrigens bestätigt dieser offizielle Artikel die in Nr. 208 der „Bresl. Ztg.“ mitgetheilte Correspondenz aus Münsterberg vollständig bis auf die unbedeutende Kleinigkeit. Wir kommen auf diesen Artikel des römischen Organs noch zurück. — Am Sonnabend hat Herr Dr. Hager das Gefängniß verlassen und ist, wie die „Volkszeit.“ meldet, „von einer Anzahl hervorragender hiesiger Katholiken in mehreren Equipagen feierlich abgeholt worden.“

\* [Commissar.] Nachdem die Pfarrstelle zu Raben im Kreise Glogau erledigt ist, wird auf Grund des Art. 3 des Gesetzes vom 21. Mai 1874

der Landrat von Jagow zum Commissar bestellt, welcher das gesamte Vermögen der Stelle, einschließlich aller Nutzungen, Gebungen und Leistungen bis zur gesetzlichen Wiederbesetzung der Stelle, beziehentlich bis zur gesetzlichen Einrichtung einer einstweiligen Vertretung zu verwalten hat.

\*\* [Die Lungenseuche] ist in der Rindviehherde des Dominiums Lorzendorf, Kr. Neumarkt, ausgebrochen und sind die nötigen Sperrmaßregeln angeordnet.

[Notizen aus der Provinz.] \* Görlich. Die „Nied. Ztg.“ meldet: Am 7. d. M. fuhr der Knecht eines hiesigen Fabrikanten eine Ladung Steine aus dem hinter dem Garnison-Lazareth belegenen Steinbrüche. Der Weg ist ein schmaler Feldweg und sehr uneben. An einem Punkte, wo derselbe steil bergauf führt und der Kutscher mit dem Hemmzeug beschäftigt war, spielte das zweijährige Kind eines an der Niesker Chaussee wohnenden Arbeiters und da dasselbe in dem idemal, mit steilen Rändern eingesackten Wege nicht ausweichen, auch der Kutscher, selbst wenn nicht die tiefe Lage des Weges das Kind bis zum letzten Augenblick verborgen hätte, die Pferde nicht pariren konnte, so wurde das arme Kind von dem schweren Wagen übersfahren und sofort getötet. Den unglücklichen Eltern bleibt nach dem Tode dieses Kindes nur noch ein Kind übrig: ein taubstummer Knabe.

+ Reisse. Das hies. „Sonntagsbl.“ meldet: Der bereits vor 8 Tagen erwartete Herr Ober-Präsident der Provinz Schlesien Graf v. Arnim traf am vorigen Freitag Vormittag, von Sr. Durchl. dem Commandeur der 12. Division Hrn. Generalleutnant Prinz Kraft zu Hohenlohe-Ingelfingen, dem königl. Landrat Herrn Febr. v. Seherr-Thoss von hier, sowie von dem Herrn Bürgermeister Winller mit dem Stadtverordneten-Vorsteher, Herrn Rechtsanwalt Grauer, Winller mit dem Bahnpost empfangen, hier ein und nahm unter dem Geleite der ihn Empfangenden sein Absteigequartier bei Sr. Durchlaucht. Noch im Laufe derselben Vormittags stattete der Herr Ober-Präsident in Begleitung des Herrn Landrats dem freilich sehr unansehnlichen und höchst beschränkten alten Rathause seinen Besuch ab und besichtigte auch dessen Bureau, bei welcher Gelegenheit die Vorstellung der Beamten durch den Herrn Bürgermeister Winller erfolgte. Die Vorstellung des Magistrats-Collegiums, der Geistlichkeit, der Herren Directoren der höheren Schulanstalten und anderer einer Behörde repräsentirenden und der sonstigen distinguierten Personen fand im Magistrats-Sitzungszimmer um 12 Uhr statt. Zu dem am Nachmittag derselben Tages bei Sr. Durchlaucht dem Herrn Divisions-Commandeur Prinzen Hohenlohe stattgefundenen Diner waren auch außer dem Herrn Landrat der Herr Bürgermeister mit dem Herrn Beigeordneten, und einige andre höhere Personen von hier mit Einladungen beehrt worden, und gegen Abend verließ der Herr Ober-Präsident, der auf Alle einen wohlthuenden Eindruck gemacht, wieder unsere Stadt.

### Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolffs Telegraph. Bureau)

Nom, 8. Mai. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer wurde die Discussion der Interpellation des Deputirten Mancini über das Verhalten der Regierung gegenüber dem Clerus beendet. Die Kammer nahm eine von dem Deputirten Barozzoli beantragte Tagesordnung, durch welche das Verhalten der Regierung gebilligt wird, mit 219 gegen 149 Stimmen an.

Nom, 9. Mai. Von den der Conspiration mit den Mitgliedern der internationalen Angeklagten wurden 5 zu 10jähriger Zwangsarbeit, 2 zu 10jähriger, einer zu 7jähriger Zuchthausstrafe, einer zu 3monatlicher Gefängnisstrafe vom Assisenhofe verurtheilt.

Nom, 9. Mai. Über die gefährliche Sitzung der Deputirtenkammer, in welcher die Discussion der Interpellation des Deputirten Mancini bezüglich des Verhaltens der Regierung gegenüber dem Clerus beendet wurde, wird weiter gemeldet: Die Deputirten Micelli, Toscanelli, Tucci, Muñiz, Varazzuoli, Palladini, Nicotera und Bertani motivirten die verschiedenen von ihnen eingebrachten Tagesordnungen. Sodann erklärte der Minister-Präsident Minghetti im Verlaufe seiner Rede, die deutsche Regierung habe der italienischen bezüglich der kirchlichen Frage keine Note zugefandt, die Beziehungen Deutschlands zu Italien seien stets die besten gewesen. Der Minister bemerkte schließlich, daß er die von der Linken beantragte Tagesordnung ablehnen müsse, weil die Regierung das Garantiegesetz stets loyal in Anwendung gebracht habe. Dagegen könne er sich mit der von dem Deputirten Varazzuoli eingereichten Tagesordnung einverstanden erklären. Diese lateinische, indem die Kammer von den Erklärungen des Ministeriums bezüglich seiner Kirchenpolitik Act nimmt, hat sie das Vertrauen, daß die Regierung die Gesetze zur Wahrung der Rechte des Staates mit Fertigkeit handhaben und ein dem Artikel 18 des Garantiegesetzes entsprechendes Gesetz der Kammer vorlegen werde und geht zur Tagesordnung über. Die meisten der beantragten Tagesordnungen werden hierauf zurückgezogen und wird schließlich, wie bereits gemeldet, die Tagesordnung Varazzuolis mit großer Majorität angenommen.

Bologna, 9. Mai. Ihre k. k. Hoheit die Frau Kronprinzessin des deutschen Reichs und von Preußen ist heute Mittag von hier nach Benedig abgereist.

Paris, 8. Mai. Die „Semaine financière“ versichert, daß von dem Finanzminister Leon Say in einem Finanzbericht der Vorschlag gemacht sei, die Morgan-Anleihe in eine dreiprozentige Rente zu convertieren und den Vertrag zwischen dem Staate und der Bank von Frankreich dahin abzuändern, daß der für 1876 an die Bank zurückzuzahlende Betrag um 80 Millionen herabgesetzt und der Betrag für 1877 um eine gleiche Summe erhöht werde. Der Abschluß einer neuen Anleihe solle bis zum Jahre 1877 aufgeschoben und der Zwangscours abgeschafft werden, nachdem die Rückzahlung an die Bank vollständig erfolgt sei.

Madrid, 9. Mai. Wie die „Epoca“ mittheilt, ist die Regierung in Folge der durch den Krieg veranlaßten großen Ausgaben nicht im Stande, die fälligen Zinszahlungen zu leisten, sie werde aber bestrebt sein, die 1874 und 1875 fälligen Coupons durch Theilzahlungen einzulösen. — Die ministeriellen Zeitungen versichern, daß die Regierung entschlossen sei, den Krieg gegen die Carlisten energisch fortzusetzen und daß sie der Armee des Centrums den Befehl gegeben habe, dieselben aus der Umgegend von Teruel zu vertreiben.

Württich, 8. Mai. Der hiesige Communalrat ist zu einer dringlichen Sitzung behufs Mittheilung eines Beschlusses über die Jubiläums-Prozessionen für heute Abend zusammenzuberufen. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung für die morgen erwarteten Prozessionen soll die Garde civique consignirt werden.

Brüssel, 9. Mai. „Flandre liberale“ veröffentlicht ein Schreiben, dessen Urheberschaft dem Professor Blunschi zugeschrieben wird. Das Schreiben führt aus, daß die deutsch-belgische Differenz einen ernsten Hintergrund habe. Deutschland sei der beste Freund Belgiens, könne aber nicht zugeben, daß Belgien seine gefährlichsten Feinde in Schuh und den Bischöfen gestatte, es in ihren Hirtenbriefen ungünstig anzutreffen. Deutschland wünsche eine factische Neutralität. Die belgische Regierung sei in einem großen Irrthume, wenn sie es für angezeigt halte, sich hinter dem trügerischen Vorwande zu verschleiern, daß sie eine Einigung der verschiedenen Regierungen bezüglich der Ergänzung der Strafgesetze abwarten müsse.

Gent, 8. Mai. Wie dem „Bien public“ aus Lüttich telegraphisch gemeldet wird, hat der Bürgermeister daselbst beschlossen, die Jubiläums-Prozessionen zu untersagen.

London, 7. Mai. Sitzung des Unterhauses. Nachdem Disraeli angezeigt hatte, daß des Pfingstfestes wegen die Sitzungen vom 13. bis 20. Mai c. ausfallen würden, begann die Budgetberatung. Gladstone griff das vorgelegte Budget heftig an und wies darauf hin, daß das abgelaufene Rechnungsjahr anstatt des angekündigten Überschusses in Wirklichkeit ein Deficit von 6000 Pfund Sterling aufweise, auch das laufende Rechnungsjahr werde wieder ein Deficit ergeben. Die weiteren Angriffe Gladstones richteten sich gegen die Vermehrung der Ausgaben, gegen die Fortdauer der Einkommensteuer und hauptsächlich gegen die Art der Verminderung der Staatsausgaben, die auf einem Principe beruhe, das stets fehlerhaft gewesen sei. Der Schatzkanzler Sir S. H. Northcote erklärte in seiner Antwort, es sei allerdings richtig, daß voraussichtlich Supplementar-Credite erforderlich sein würden, welche den Überschuß vielleicht überschreiten könnten, andererseits sei aber auch eine Vermehrung der Einnahmen zu erwarten. Der Schatzkanzler vertheidigte alsdann die Reduction der Staatschuld. Hierauf sprach

ich Lowe gegen die Finanzvorlagen des Schatzkanzlers aus, welche wenig Vertrauen einlösen, tadelte überhaupt das Verfahren des Ministers und bezeichnete ein Deficit in Friedenszeiten als eine nationale Calamität.

Im Oberhause stellte Viscount Cardwell den Antrag, den Gesetzentwurf abzulehnen, wonach den Offizieren gestattet wird, ihre Regimenter zu wechseln. Nach einer langen Debatte wurde beschlossen, die zweite Lesung vorzunehmen.

Petersburg, 8. Mai. Se. Majestät der Kaiser ist heute Abend 8 Uhr nach Berlin abgereist. Auf dem Bahnhofe hatten sich sämtliche Großfürsten zur Verabschiedung eingefunden. In der Begleitung des Kaisers befinden sich der Minister Graf Adlerberg, der Flügeladjutant General Potapow und der General à la suite v. Werder.

Bukarest, 9. Mai. Bei der hier vorgenommenen Deputirtenwahl ist der Kandidat der Oppositionspartei Berneku gewählt worden. Sein Gegencandidat war Demeter Ghika. Von den Großgrundbesitzern, welche 33 Deputirte zu wählen haben, sind zu etwa drei Viertel diese Candidaten der conservativen Partei gewählt worden.

Bukarest, 9. Mai. Heute begannen die Wahlen der kleineren Grundbesitzer. Gleichzeitig beabsichtigte die Umsurzpartei eine Demonstration bezüglich des Jahrestages der Annexion der Bukowina von Österreich in Scena zu setzen. Ein Volksaufstand versuchte sogar das Stadthaus zu stürmen. Das Militär mußte einschreiten und Verhaftungen vornehmen. Die Ruhe ist wieder hergestellt. Gegen die Wiederholung der Unruhen wurden Vorkehrungen getroffen.

Athen, 5. Mai. Das Cabinet Bulgarii hat vorgestern abgedankt. Trikupi von der ultrademokratischen Partei bildete ein neues Cabinet. Trikupi als Präsident übernahm das Außen- und das Portefeuille des Intern., Athaly den Cultus und provisorisch die Marine, Gennatas den Krieg, Lombardos die Justiz und Petmezar die Finanzen.

New-York, 8. Mai. Hiesige Blätter melden aus Kingston von gestern, daß die auf den Umsurz der bestehenden Regierung gerichtete Verschwörung in Port au Prince am vorigen Sonnabend entdeckt wurde. Die Truppen wollten sich des General Brice und der übrigen Häupter der Umsurzpartei bemächtigen, die letzteren ließen aber Widerstand. General Brice wurde bei dem entstandenen Kampf verwundet und starb in Folge seiner Wunde im englischen Consulat, wohin man ihn gebracht hatte. Erst am Montag wurde die Ruhe wieder vollständig hergestellt. Bei dem stattgehabten Kampf haben auch 2 Ausländer das Leben eingebüßt.

Shanghai, 7. Mai. Die Kapelle der amerikanischen Methodisten in Quikang ist von der Bevölkerung zerstört worden. Die chinesischen Behörden haben Genugthuung angeboten.

Triest, 9. Mai. Der Lloyd-dampfer „Austria“ ist mit der indo-chinesischen Überlandpost heute früh um 2 Uhr aus Alexandrien hier eingetroffen.

Görlitz, 6. Mai. [Getreidemarkt-Bericht von Max Steinrich] Wetter: schön. Temperatur: heiß. Die des Feiertages wegen stattgehabte Verlegung unseres Marktes vom Donnerstag auf Mittwoch führte an und für sich schon einen sehr geringen Bezug derselben herbei. Namenslich waren die Zufuhren aus der Umgegend sehr beschränkt, da die Saatzeit noch nicht ganz vollendet, ganz ebenso war das auswärtige Angebot sehr schwach und die Forderungen sehr erhöht. Diezen wollten sich Käufer vor der Hand noch nicht sätigen und deckten nur den nothwendigsten Bedarf; das Geschäft blieb daher auf seine engsten Grenzen beschränkt. Preise höher, bei den geschilderten Geschäftlosigkeit eigentlich nur nominell. Das Gesagte bezieht sich im Wesentlichen auf die Hauptgetreidearten Roggen und Weizen. Gerste leidet noch immer unter dem schon so lange anhaltenden Druck der Bedarflosigkeit, konnte daher trotz der nicht gerade hohen Preise nur unbedeutende Umsätze erzielen; Hafer behauptete sich nur schwach. Hülsenfrüchte und Futterartikel blieben ohne bemerkenswerthen Verkehr.

Ich notiere: per 170 Pfund Brutto: Weiz-Weizen 6% bis 6 Thlr. pr. Wdp. von 2000 Pf. Netto 73½—71½ Thlr. Gelbweizen 5% bis 5% Thlr. bez. — pr. Wdp. 69½—67½ Thlr. Roggen, 5—4% Thlr. bez. u. G. — pr. Wdp. 59½—57½ Thlr. Gerste per 150 Pf. Brutto 4—3½ Thlr. bez. Hafer per 100 Pf. Netto 3½—2½ Thlr. bez. Widen per 180 Pf. Brutto 7 Thlr. bez. Erbsen per 180 Pf. Brutto 6½—5% Thlr. bez. Mais per Centner 75 Sgr. bez. Roggenkleie 2½ Thlr. Br. Weizenkleie 1% Thlr. per Ctr. Br.

München, 8. Mai. Die Bayerische Hypotheken- und Wechslerbank hat die Einberufung ihrer Banknoten (à 10 und 100 Gulden) beschlossen und wird dieselben gegen Baar und gegen Noten à 100 Reichsmark einzulösen.

Wien, 8. Mai. [Wochenausweis der gesammten lombardischen Eisenbahnen] vom 23. bis zum 29. Mai 1,330,886 Jl. gegen 1,331,897 Jl. der entsprechenden Woche des Vorjahrs, mithin Wochen-Mindererlöse 1511 Jl. Bisherige Mehreinnahme seit 1. Januar d. J. 342,594 Jl.

\* Breslau, 10. Mai, 9½ Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Markt war für Getre

